

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 11. Sitzung des Kreisausschusses am 25.11.2015 im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Luckau, Am Markt 34, 15926 Luckau

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend waren:

| | | |
|------------------------|----------------|----------------------------------|
| Loge, Stephan | Landrat | |
| Kleinwächter, Norbert | AfD | vertrat Strasen, Henry |
| Krause, Lutz | UBL/Wir für KW | vertrat Selbitz, Frank |
| Dr. Kuttner, Michael | CDU/Bauern | |
| Lehmann, Sylvia | SPD/Grüne | |
| Ludwig, Stefan | DIE LINKE. | |
| Schulze, Olaf | CDU/Bauern | |
| Seelig, Robert | DIE LINKE. | vertrat Dr. Deutschländer, Adolf |
| Terno, Heiko | CDU/Bauern | |
| Treder-Schmidt, Lothar | SPD/Grüne | |
| Wille, Martin | SPD/Grüne | |

Von der Verwaltung waren anwesend:

| | |
|-------------------------|---|
| Degenhardt, Marion | Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb |
| Enders, Silvia | Amtsleiterin Ordnungsamt |
| Grund, Janet | Mitarbeiterin Pressestelle |
| Jahn, Heiko | Büro Landrat |
| Karnapke, Marlies | Schriftführerin |
| Klein, Stefan | Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse |
| Klinkmüller, Carl-Heinz | Erster Beigeordneter und Dezernent für Planung, Bauwesen und Umwelt |
| Lehmann, Katrin | Sachbearbeiterin Wirtschaftsförderung/wirtschaftliche Beteiligungen |
| Licht, Dietmar | Amtsleiter Zentrales Gebäudeimmobilienmanagement (GIM) |
| Liebe, Sybille | Leiterin Büro Kreistag |
| Nagel, Alexander | Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service |
| Piller, Christel | Amtsleiterin Rechtsamt |
| Saß, Carsten | Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales |
| Schrager, Karin | Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt |
| Starke, Wolfgang | Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung |
| Thiele, Gundula | Amtsleiterin Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz/AGENDA 21 |
| Wagner, Doreen | Mitarbeiterin der Gleichstellungsbeauftragten |

Entschuldigt waren:

| | | |
|--------------------------|----------------|---|
| Dr. Deutschländer, Adolf | DIE LINKE. | wurde vertreten durch Seelig, Robert |
| Selbitz, Frank | UBL/Wir für KW | wurde vertreten durch Krause, Lutz |
| Strasen, Henry | AfD | wurde vertreten durch Kleinwächter, Norbert |

Gäste:

Herr Thiede

Jobcenter LDS

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.2 zur Tagesordnung

1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreisausschuss

2.1 Ermächtigung zur Aufnahme eines Kredites zur Finanzierung der Investitionsmaßnahme "Errichtung und Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Luckau" 2015/131

2.2 Erwerb einer Containeranlage für eine Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft 2015/132

3. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

3.1 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald 2015/120

3.2 Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Dahme-Spreewald 2015/119

3.3 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Mitgliedschaft des Landkreises Dahme-Spreewald (LDS) in der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen im Land Brandenburg" 2015/117

3.4 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2014 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2014 2015/110

3.5 Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für die Haushaltsjahre 2015/2016 2015/118-1

3.6 Beschluss über Einwendungen und über die Gültigkeit der Wahl der Landrätin/des Landrates 2015 2015/128

3.7 Dienstleistungseinkauf Forderungseinzug (Inkasso) 2016/2017 bei der Bundesagentur für Arbeit durch das Jobcenter Dahme-Spreewald 2015/136

4. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

5. Genehmigung von Dienstreisen

6. Informationen aus den Gesellschaften

- 6.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald 2015/135
- 7. Informationsvorlagen**
- 7.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald 2015/126
- 7.2 Information zur Prüfungsmitteilung des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg zur überörtlichen Prüfung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe im Landkreis Dahme-Spreewald und zum zusammenfassenden Bericht zur überörtlichen Prüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg 2015/129
- 8. Verschiedenes**
- II. Nichtöffentlicher Teil:**
- 9. Zur Geschäftsordnung**
- 9.1 zur Tagesordnung
- 9.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung
- 10. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag**
- 10.1 Erwerb der Liegenschaft in der Max-Werner-Straße 5 in Königs Wusterhausen (Dienstgebäude Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter) 2015/124
- 11. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**
- 12. Verschiedenes**

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Landrat Loge**, eröffnet die 11. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass auch Anfang 2016 die Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages nicht im Kreistagssaal stattfinden können. Die Kreisausschusssitzung im Februar wird im Sitzungssaal der Stadt Lübben stattfinden.

Die Bauarbeiten im Kreistagssaal werden voraussichtlich im April 2016 beendet sein. Vorstellbar sei, aus diesem Anlass einen Tag der offenen Tür mit einem Jahresempfang als kleinen Stehempfang zu veranstalten und dafür auf den traditionellen Neujahrsempfang zu verzichten.

Herr Wille kann sich mit diesem Gedanken nicht so recht anfreunden. Seiner Auffassung nach sei es gerade in den jetzigen schwierigen Zeiten wichtig, deutlich zu machen, dass das Leben weitergeht und bewährte Traditionen wie der Neujahrsempfang gepflegt werden. Es müssen ja nicht unbedingt hohe Kosten entstehen, vielleicht lasse sich eine einfache Variante finden. Außerdem bestehe bei einem Neujahrsempfang die Möglichkeit, mit den Multiplikatoren ins Gespräch zu kommen und einer interessierten Öffentlichkeit gegenüber darzulegen, was der Landkreis im letzten Jahr geleistet hat. Wie die Einweihung des Kreistagssaales erfolgen soll,

könnte später noch entschieden werden. Er empfehle, das Prozedere mit dem Vorstand des Kreistages abzusprechen.

Frau Lehmann schließt sich dieser Empfehlung an; die Diskussion sollte jetzt nicht weitergeführt werden.

Herr Dr. Kuttner erklärt, dass die Fraktion CDU/Bauern eine gesonderte Einweihung des Kreistagssaales ablehnt. Das könnte den Anschein erwecken, dass der Kreistag nur für sich etwas getan hat. Wenn, dann sollten alle Rekonstruktionsarbeiten in der Reutergasse der Öffentlichkeit präsentiert werden, allerdings auf Miniflamme.

Abschließend verabschiedet **Landrat Loge** die Schriftführerin Frau Karnapke, die ab dem 01.01.2016 in den Ruhestand geht. Im Kreistag in der nächsten Woche wird Frau Koppe Schriftführerin sein.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Landrat Loge stellt fest, dass der Kreisausschuss form- und fristgerecht einberufen wurde. Von elf Mitgliedern sind elf anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Landrat Loge bittet zu beachten, dass zum Tagesordnungspunkt 3.5 eine Austauschvorlage mit der Vorlagennummer 2015/118-1 übergeben wurde.

Weitere Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Zu den Niederschriften der Sitzungen vom 16.09.2015 und 29.10.2015 liegen keine mündlichen oder schriftlichen Einwendungen vor. Sie gelten damit als anerkannt.

TOP 2. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreisausschuss

TOP 2.1 Ermächtigung zur Aufnahme eines Kredites zur Finanzierung der Investitionsmaßnahme "Errichtung und Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Luckau", Vorl.Nr. 2015/131

Landrat Loge weist darauf hin, dass die Vorlage den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit zur Kenntnis gegeben wurde. Es gab eine einstimmige Zustimmungsempfehlung.

Frau Lehmann möchte wissen, ob der Landkreis einen Eigenanteil für die Baumaßnahme aufbringen muss. Trotz höherer Investitionskosten soll nur ein Kredit mit einem Gesamtbetrag von 2 Mio. Euro beantragt werden.

Herr Klein erwidert, dass entsprechend dem KfW-Programm der Finanzierungsanteil bei Krediten bis 2 Mio. Euro 100 % der förderfähigen Investitionskosten beträgt. Bei höheren Kreditbeträgen verringert sich der Finanzierungsanteil. Insofern habe sich die Verwaltung entschieden, trotz höherer Vorhabenskosten nur 2 Mio. Euro zu beantragen.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA 2015/131**

Der Kreisausschuss beschließt:

1. Der Beschluss des Kreisausschusses vom 20.05.2015 zur Aufnahme eines Kredites zur Finanzierung der Investitionsmaßnahme "Neubau Verwaltungszentrum in Königs Wusterhausen" (Beschlussnummer: 2015/058) wird aufgehoben.
2. Zur Finanzierung der Investitionsmaßnahme "Errichtung und Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in Luckau" ist bei der KfW unter Inanspruchnahme eines KfW-Förderprogrammes für Kommunen ein Kredit mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 2 Mio. Euro aufzunehmen.
3. Der Landrat wird ermächtigt, einen entsprechenden Kreditvertrag zu folgenden Konditionen abzuschließen und die Darlehensmittel abzurufen:
 - a) Kreditlaufzeit: 10 Jahre,
 - b) Zinsbindung: 10 Jahre,
 - c) Zinssatz: 0,00 %

TOP 2.2 Erwerb einer Containeranlage für eine Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft, Vorl.Nr. 2015/132

Landrat Loge informiert, dass es im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gab.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA 2015/132**

Der Kreisausschuss beschließt:

Der Landrat wird bevollmächtigt, die als Gemeinschaftsunterkunft genutzte Containeranlage auf dem Grundstück des Landkreises Dahme-Spreewald (LDS) in der Rudower Straße 16/17 in 12529 Schönefeld, OT Waßmannsdorf, zum Gesamtkaufpreis i. H. v. 374.850,00 € von der von der Firma FAGSI Vertriebs- und Vermietungs-GmbH, Niederlassung Ost (FAGSI), zum 01.01.2016 zu erwerben.

TOP 3. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

TOP 3.1 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald , Vorl.Nr. 2015/120

Landrat Loge erklärt, dass der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit in seiner Sitzung am 05.11.2015 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 3.2 Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2015/119

Landrat Loge bittet, auf der Seite 9 im Punkt 4.3 *Notarztstandort Luckau* bei Herrn Rost den Dokortitel zu streichen.

Der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit hat in seiner Sitzung am 05.11.2015 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 3.3 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Mitgliedschaft des Landkreises Dahme-Spreewald (LDS) in der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen im Land Brandenburg", Vorl.Nr. 2015/117

Landrat Loge informiert, dass der Ausschuss für Bauen und Umwelt in seiner Sitzung am 02.11.2015 eine mehrheitliche Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit hat in seiner Sitzung am 05.11.2015 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben.

Herr Dr. Kuttner ist der Auffassung, dass eine Arbeitsgemeinschaft gegründet werden soll, die nichts entscheiden darf. Er glaube auch, dass einige Mitglieder keine 160.000 Einwohner haben und die finanziellen Mittel nicht zusammenkommen, um die Geschäftsstelle mit einem oder anderthalb Mitarbeitern zu betreiben. Die Einnahmen werden bei vollem Betrieb nicht ausreichend sein.

Überdies stelle sich die Frage, was die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft dem Landkreis bringen soll. In der Vergangenheit gab es schon Einiges, woran sich der Landkreis beteiligte, der Erfolg jedoch nur mäßig war.

Hier soll der Schwerpunkt u. a. auf einer besseren Vernetzung zwischen Fahrrad, Bussen und Bahnen durch sichere Fahrradabstellanlagen liegen. Wenn er sich jedoch an die Maßnahmen am Bahnhof Königs Wusterhausen erinnert, wie lange es gedauert hat und wer im Endeffekt Geld dazugeben musste, damit es überhaupt etwas wird, glaube er nicht, dass das so eine Arbeitsgemeinschaft auf die Reihe bringen könnte. Es stehe auch nirgendwo geschrieben, wo der Sitz der Geschäftsstelle sein soll.

Alles in allem habe die Fraktion CDU/Bauern eine Reihe von Vorbehalten. Die Fraktion sei sich einig, dass jeder im Kreistag so abstimmen kann, wie er es für richtig hält. Er persönlich halte eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft für absolut unnötig; es kostet Zeit und Geld und bindet Arbeitskraft.

Außerdem sei seiner Meinung nach die Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH das beste Beispiel dafür, was dabei herauskommt, wenn zu Anfang Minister sehr dafür sind, aber hinterher so gut wie gar nichts dabei überkommt. Und das werde hier vermutlich nicht viel anders sein.

Herr Klinkmüller wirbt um Zustimmung. Er sei überzeugt, dass die Mitgliedschaft des Landkreises in der Arbeitsgemeinschaft Früchte tragen wird. Hier kommen Praktiker zusammen und schon der Erfahrungsaustausch sei eine preiswerte Investition. Aus seiner jahrelangen Tätigkeit als Stellvertreter im Tourismusverband Spreewald könne er auch bestätigen, dass das Thema Radwege und Radtourismus von Jahr zu Jahr bedeutender geworden ist.

Wenn über diese Arbeitsgemeinschaft Einfluss auf Richtlinien und Vorstellungen des Landes auf diesem Gebiet genommen und mitgeredet werden kann, könne sich das nur positiv auswirken. Die Vergangenheit habe ja gezeigt, dass Regelungen der Landesregierung in der Umsetzung nicht immer besonders praktisch waren.

Der Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft wechselt im Rotationsverfahren. Zunächst werde es der Landkreis Dahme-Spreewald sein, im kommenden Jahr soll die Stadt Perleberg übernehmen.

Herr Treder-Schmidt schließt sich dieser Auffassung an. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus wurde gerade in den Berichten zur Tourismusentwicklung deutlich, dass die besonders nachgefragten Segmente der Mobilitäts- und der Aktivitätsurlaub sind. Und genau in diese Richtung werde etwas mit der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft getan – vor allem auch, weil der gesamte Landkreis einbezogen ist. Der Wassertourismus tangiere nur bestimmte Regionen, aber mit dem Fahrradtourismus könne der gesamte Landkreis erfasst werden. Sich da zu koordinieren, um mitzureden und mitzugestalten, halte er für ganz entscheidend. Insofern werbe auch er um Zustimmung.

Frau Lehmann empfiehlt namens der Fraktion SPD/Grüne ebenfalls, hier unbedingt mitzumachen. Es werde zwar wieder einmal eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, aber es wäre für den Landkreis nicht gut, sich an dieser Art Netzwerk nicht zu beteiligen. In diesem Zusammenhang wäre vielleicht auch einmal eine Übersicht sinnvoll, wo der Landkreis vertreten ist, um zu schauen, ob er noch überall dabei sein muss. Ihr falle da das Eine oder Andere ein, wo sie ganz persönlich sagen würde, da müsse der Landkreis nicht dabei sein. Aber bei der *Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen des Landes Brandenburg* halte sie das für sehr wichtig, um Informationen aus erster Hand zu bekommen. Überdies kam der Impuls vom Land, wobei die kommunale Ebene letztendlich auch gesagt habe, das wollen wir.

Die Anschubfinanzierung in den Gründungsjahren 2015 und 2016 kommt vom Land. Es stelle sich die Frage, was danach passiert. Deshalb sollte beim Beitritt darauf geachtet werden, dass das Land auch später noch finanziell mit von der Partie ist. Sollte es sich klammheimlich herausziehen, sehe sie die Gefahr, dass die kommunale Ebene letztendlich unter sich ist und der direkte Kontakt zur Landesregierung und zur Landespolitik verloren geht. Außerdem stelle sich die Frage, wo die Geschäftsstelle angesiedelt wird, wie sie arbeiten soll und wie viele Mitarbeiter gebunden werden.

Landrat Loge merkt an, dass das Land für das nächste Haushaltsjahr 80.000 Euro im Haushalt vorgesehen hat.

Frau Thiele erklärt, dass das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zugesichert habe, dass es nicht nur eine Anschubfinanzierung gibt, sondern auch in den nächsten Jahren weiter finanziert werden soll. Allerdings sei noch nicht klar, ob in jedem Jahr 80.000 Euro zur Verfügung gestellt werden können. Natürlich sollen auch die Kommunen einen gewissen Obolus einbringen. Gegenwärtig läuft die Ausschreibung der Geschäftsstelle.

Auf dem nationalen Radverkehrskongress am 19.05.2015 in Potsdam haben vier Landkreise - darunter der Landkreis Dahme-Spreewald - und neun Kommunen eine Erklärung zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft unterzeichnet. In der Anlaufphase laufe alles über die Stadt Treuenbrietzen. Der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald erklärte sich dankenswerterweise kurzfristig bereit, in der Gründungsphase den Vorsitz zu übernehmen. Es gebe auch schon Überlegungen, sich über den Tourismusverband Brandenburgs zu präsentieren.

Herr Krause ist ebenfalls der Auffassung, dass der Landkreis in einigen Arbeitsgemeinschaften mitarbeitet, bei denen es nur bescheidene Ergebnisse gibt und eine Mitgliedschaft nicht mehr sinnvoll erscheint.

Die Mitgliedschaft in der *Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen im Land Brandenburg* halte er dagegen für sehr wichtig. Aus der Sicht der Fraktion UBL/Wir für KW hätte das schon viel früher erfolgen sollen, um vielleicht auf EU-Fördermittel zurückgreifen zu können. Er hoffe aber, dass sich das Land an die finanzielle Unterstützungszusage und die positive Begleitung halten wird. Erfreulich sei auch, dass die kommunale Ebene mitbestimmen kann, in

welche Richtung die kreis- bzw. regionenübergreifende Arbeit gehen soll, so dass künftig solche Fehler wie in der Nähe von Mittenwalde vermieden werden können. Mitten im Wald endet dort der Europa-Radweg und nirgendwo gehe es weiter.

Herr Kleinwächter erklärt, dass es natürlich immer gut sei, sich zu vernetzen und miteinander zu reden – insbesondere, wenn das Land finanziell unterstützt. Er müsse aber auch Herrn Dr. Kuttner beipflichten, dass schon bekannt sein sollte, in welche Richtung so eine Arbeitsgruppe gehen soll, bevor sie gegründet wird.

Er hatte bereits im Ausschuss für Bauen und Umwelt darauf hingewiesen, dass ihm die konkrete Zielsetzung dieser Arbeitsgruppe fehlt. Radwege, Fahrradstellplätze und ähnliche Dinge könnte der Landkreis letztendlich auch alleine bauen.

Die Antwort, die er auf seine diesbezügliche Frage erhielt, war nicht ausreichend. Deswegen sei heute noch einmal zu fragen: Worin besteht die konkrete Zielsetzung dieser Arbeitsgruppe und was soll sie tatsächlich verbessern? Die Präambel beinhalte zwar einige Punkte, die jetzt noch einmal präzisiert werden sollten.

Herr Klinkmüller wiederholt, dass die Landesregierung, speziell das zuständige Ministerium, die Praktiker vor Ort in die Erarbeitung von Richtlinien oder sogar Gesetzen einbeziehen will, um Anregungen und Hinweise für eine bessere praktische Umsetzung zu erhalten. Seiner Meinung nach sei das auch der richtige Ansatz – nicht von oben herab aufstülpen, sondern von unten herauf wachsend.

Wenn eine Arbeitsgruppe mit mehreren Mitgliedern sagt, dass wegen ungünstiger Regelungen im Land Brandenburg etwas nicht funktioniert und z. B. keine Fördermittel eingeworben werden können, werde vielleicht eher über eine Anpassung an die Bundesgesetzgebung oder an Regelungen der EU nachgedacht, als bei einem Hinweis einer einzelnen Kommune.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- bei 8 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -

TOP 3.4 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2014 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2014, Vorl.Nr. 2015/110

Landrat Loge bittet, im Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes folgende Änderung vorzunehmen:

Seite 13, zweiter Absatz:

Die Formulierung im letzten Satz „*Der Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut (NSI) wurde 2013 aufgelöst ...*“ ist zu ändern in „*Der Zweckverband **Gewässerrandstreifenprojekt (GRPS)** wurde 2013 aufgelöst ...*“

Seite 40, dritter Absatz:

Dem letzten Satz muss am Ende das Wort „*wurde*“ angefügt werden. Der Satz heiße dann: *Die Stellungnahmen flossen in einen Prüfungsbericht ein, der dem Fachamt am 13.08.2015 übergeben **wurde.***“

Der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit hat in seiner Sitzung am 05.11.2015 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 3.5 Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für die Haushaltsjahre 2015/2016 (hier: Überarbeitung des Entwurfs), Vorl.Nr. 2015/118-1

Landrat Loge weist darauf hin, dass mehrere Austauschblätter übersandt bzw. heute auf den Tisch gelegt wurden. Die Stellungnahme des Landrates zu den Fraktionsstellungen werde nachgereicht.

In den Ausschüssen gab es folgende Zustimmungsempfehlungen:

| | |
|---|-------------------------------------|
| Ausschuss für Bauen und Umwelt am 02.11.2015 | mehrheitliche Zustimmungsempfehlung |
| Gesundheits- und Sozialausschuss am 02.11.2015 | keine Abstimmung |
| Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur am 03.11.2015 | mehrheitliche Zustimmungsempfehlung |
| Jugendhilfeausschuss am 04.11.2015 | einstimmige Zustimmungsempfehlung |
| Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus am 04.11.2015 | einstimmige Zustimmungsempfehlung |
| Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 05.11.2015 | einstimmige Zustimmungsempfehlung |

Herr Dr. Kuttner bittet, die Stellungnahme des Landrates bis spätestens Dienstag nächster Woche nachzureichen, um am Mittwoch im Kreistag darauf eingehen zu können.

Herr Starke erwidert, dass zu zwei Positionen noch eine Zuarbeit der Fachbereiche fehlt. Die Verwaltung habe sich vorgenommen, am Freitag dieser Woche die Stellungnahme fertig zu haben, so dass sie spätestens am Montag zu den Fraktionssitzungen vorliegt.

Herr Wille, gleichzeitig Vorsitzender des Kreistages, merkt an, dass von den Fraktionen UBL/Wir für KW und AfD keine schriftlichen Stellungnahmen vorliegen. Wegen der Planung für die nächste Kreistagssitzung sei zu fragen, ob noch schriftliche Stellungnahmen eingereicht werden oder in der Sitzung eine mündliche Stellungnahme erfolgt.

Herr Krause antwortet, dass die Fraktion UBL/Wir für KW noch eine schriftliche Stellungnahme abgeben wird. Es werden zwar einige Dinge kritisch angesprochen, aber es werde keine wesentlichen Abweichungen von den Stellungnahmen der anderen Fraktionen geben.

Herr Kleinwächter erklärt, dass die AfD-Fraktion ebenfalls noch eine schriftliche Stellungnahme abgeben wird.

Größter Kritikpunkt – das hatte er schon in den Fachausschüssen angemerkt, in denen er persönlich vertreten war – ist, dass verteilt über die längere Zukunft eine sehr große Abschmelzung der Zahlungsmittelbestände gesehen wird. Hier müsste der Landkreis gegenüber dem Land etwas konsequenter auftreten.

Der Finanzmittelfehlbetrag werde nach Auffassung der Fraktion vorwiegend durch die Schaffung von Asylbewerberunterkunftsplätzen ausgelöst, vom Land kommen aber nur sehr wenige Rückerstattungen. Ein großer Teil der Kosten müsse von den Kommunen bzw. dem Landkreis getragen werden.

Das sehe die Fraktion mit großem Unbehagen und einer Nachtragshaushaltssatzung, die letztendlich eine solche Perspektive eröffnet, könne nicht zugestimmt werden.

Landrat Loge merkt an, dass Herr Wille als ordentliches Mitglied im Vorstand des Brandenburgischen Landkreistages zu gegebener Zeit vielleicht einmal berichten könnte, mit welcher

Vehemenz sich die Landkreise gegenüber der Landesregierung einsetzen, eine andere Finanzierung zu erhalten.

Herr Dr. Kuttner bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Starke und bittet um Zusendung per E-Mail an die Fraktionsvorsitzenden, wenn die Stellungnahme des Landrates schon am Freitag fertig sein sollte.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- bei 1 Gegenstimme mehrheitlich bestätigt -

TOP 3.6 Beschluss über Einwendungen und über die Gültigkeit der Wahl der Landrätin/des Landrates 2015, Vorl.Nr. 2015/128

Landrat Loge erklärt, dass er aufgrund einer Nachfrage von Herrn Dr. Kuttner den Datenschutzbeauftragten des Landkreises um Stellungnahme gebeten hatte, ob die Daten des Beschwerdeführers in der Vorlage kenntlich bleiben dürfen oder geschwärzt werden müssen. Das Gleiche treffe auf Petitionen zu. Die Stellungnahme wurde heute auf den Tisch gelegt.

Der Datenschutzbeauftragte habe noch einmal darauf hingewiesen, dass nicht automatisch von einer Zustimmung der Weitergabe der persönlichen Daten des Beschwerdeführers ausgegangen werden darf. Insofern werde seitens des Kreistagsbüros auch weiterhin geprüft, ob der Beschwerdeführer das Recht auf Einreichung eines Einspruchs oder auch einer Petition hat. Die Daten werden jedoch nicht weitergegeben.

Herr Dr. Kuttner hat die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten kurz durchgelesen. Der entscheidende Absatz sei für ihn der zweite Absatz auf der zweiten Seite. Es wurde noch einmal geprüft, und es konnte nicht festgestellt werden, dass der Name des Beschwerdeführers bekannt gemacht werden darf.

Herr Wille ist nach flüchtigem Durchlesen der Stellungnahme der Meinung, dass das Gremium, das über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden hat, durchaus persönliche Daten erfahren darf.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 3.7 Dienstleistungseinkauf Forderungseinzug (Inkasso) 2016/2017 bei der Bundesagentur für Arbeit durch das Jobcenter Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2015/136

Frau Lehmann bittet um eine kurze prägnante Erklärung, was sich jetzt ändert, wenn die Vorlage so beschlossen wird.

Herr Thiede erklärt, dass sich im Verfahren eigentlich gar nichts ändert. Es gehe darum, die Dienstleistung für das nächste Jahr wieder einzukaufen, weil die Aufgabe aus administrativer, personeller und technischer Sicht vom Jobcenter nicht selbst umgesetzt werden kann.

Im Falle einer Rückforderung müsse jeder einzelne Leistungsempfänger angeschrieben werden, Bescheide erstellt werden usw. Dazu würde für die Zukunft das Personal nicht zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der technischen Umsetzung stehe ein entsprechendes Programm derzeit auch nicht zur Verfügung.

Die letzte Trägerversammlung hatte dieses Thema ebenfalls zum Inhalt. Die vorgeschlagene Verfahrensweise werde unterstützt, denn der Einkauf dieser Dienstleistung sei kostengünstiger als die Einstellung entsprechender Mitarbeiter.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 4. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 5. Genehmigung von Dienstreisen

Landrat Loge informiert, dass Herr Dr. Kuttner am 04.11.2015 die Genehmigung einer Dienstreise am 25. und 26.11.2015 nach Berlin zur Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) beantragt hat.

Herr Dr. Kuttner merkt an, dass die Tagung zwar am 25. und 26.11.2015 stattfindet, er aber nur den 26.11.2015 wahrnehmen möchte.

Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Herr Dr. Kuttner am 26.11.2015 nach Berlin

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 26.11.2015 nach Berlin zu BAGSO-Jahrestagung.

Herr Treder-Schmidt zeigt an, dass er im Rahmen seines Kreistagsmandates am 19.09.2015 an der Tagung „*ÖPNV und Mobilitätsmanagement in Brandenburg – Gestaltung für Kommunen und Kreise*“ im Gemeindezentrum Michendorf teilgenommen hatte und am 26.11.2015 an der Tagung „*Forum Infrastruktur der Energieregion Lausitz*“ im Stadthaus in Lübbenau teilnehmen möchte.

Für beide Dienstreisen werde die Genehmigung beantragt.

Landrat Loge erwidert, dass für die Veranstaltung der Energieregion keine gesonderte Dienstreisegenehmigung erforderlich ist, es gebe bereits eine generelle Genehmigung für alle Veranstaltungen der Energieregion. Insofern rufe er jetzt nur zur Abstimmung über die Dienstreise nach Michendorf auf.

Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Herr Treder-Schmidt am 19.09.2015 nach Michendorf

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreise von Herrn Treder-Schmidt zur Tagung am 19.09.2015 „ÖPNV und Mobilitätsmanagement in Brandenburg – Gestaltung für Kommunen und Kreise“ im Gemeindezentrum Michendorf.

TOP 6. Informationen aus den Gesellschaften

TOP 6.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2015/135

Frau Lehmann möchte zum Klinikum Dahme-Spreewald GmbH (KDS) wissen, wie hoch der derzeitige Frauenanteil im Aufsichtsrat ist. Die Gesellschafterversammlung habe ja einen Beschluss gefasst, dass es bis zum 30.06.2017 50 % sein sollen.

Weiterhin sei zum letzten Satz *Strategisches Ziel für 2016 bis 2018 ist die Sicherstellung sowie der Ausbau der Marktposition der KDS GmbH als anerkannter Anbieter im Bereich der Grund- und Regelversorgung.* zu fragen, was sich hinter „Sicherstellung und Ausbau der Marktposition“ und „strategisches Ziel“ verbirgt. Es gebe ja bereits eine Krankenhausplanung, die einer Regelversorgung entspricht.

Ferner werde um nähere Informationen zur Übertragung der Zuständigkeiten der Stadt Cottbus zur Entsorgung mineralischer Abfälle auf den Kommunalen Abfallentsorgungsverband Niederlausitz (KAEV) gebeten.

Herr Starke antwortet zum Klinikum, dass der Frauenanteil im Aufsichtsrat schon jetzt bei 50 % liegt. Der Kreistag hatte das seinerzeit beschlossen. Alles, was vom Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Frauenquote gefordert wurde, war also beim Klinikum Dahme-Spreewald schon erfüllt.

In der Handakte Kreisrecht können die Vertreter des Landkreises im Aufsichtsrat nachgelesen werden. Neben Herrn Starke und Herrn Mertner seien Frau Scheiner und Frau Rubenbauer vertreten.

Von der Arbeitnehmerseite sitzen drei Frauen und ein Mann im Aufsichtsrat und von der Sana-Seite seien es drei Männer und eine Frau.

Der Ausbau und die Sicherstellung der Marktposition sei nichts anderes, als dafür zu sorgen, dass beide Häuser gut aufgestellt sind – dass man sich um gute Ärzte bemüht, so dass möglichst viele Patienten in das Klinikum Dahme-Spreewald kommen. Das sei besonders im Norden des Landkreises wichtig, wo es ja die Konkurrenz zu Berlin gibt.

Im Norden des Landkreises gebe es auch einen extrem starken Anstieg der Patientenzahlen im Bereich der Notfallambulanz. Daraus ergeben sich natürlich auch neue Patienten für die Stationen.

Hinsichtlich der Entsorgung mineralischer Abfälle könne er nichts sagen, weil er und auch Herr Klinkmüller an der Verbandsversammlung des KAEV nicht teilnehmen konnten. Er werde aber recherchieren und Frau Lehmann bekommt eine schriftliche Antwort.

Landrat Loge ergänzt zum Klinikum, dass beabsichtigt sei, einen weiteren Chefarztbereich nur für die Notfallambulanzen an beiden Standorten aufzumachen. Außerdem werde immer noch daran gearbeitet, am Klinikum eine Bereitschaftspraxis einzurichten. Da sei aber das Krankenhaus noch nicht soweit. Er hoffe, dass im kommenden Jahr eine Realisierung möglich sein wird.

Herr Wille konnte zwar auch an der Verbandsversammlung des KAEV nicht teilnehmen, aber das Thema wurde im Vorstand vorbesprochen. Von daher sei es ihm bekannt.

Die Verbandsversammlung hatte dem Anliegen dann zugestimmt, denn das ermögliche eine weitere Auslastung der Anlagen und erschließe eine sichere, wenn auch bescheidene Einnahme.

Herr Schulze erinnert, dass es einen Bericht über ein mögliches Zusammengehen des Kommunalen Abfallentsorgungsverbandes Niederlausitz (KAEV) und dem Südbrandenburgischen Abfallzweckverband (SBAZV) geben sollte. Es sei zu fragen, wann mit diesem Bericht zu rechnen ist.

Außerdem habe sich der Vorstandsvorsitzer des KAEV, Herr Schindler, für die Wiederwahl bereiterklärt. Würde seine Amtsperiode dann wieder über acht Jahre laufen oder gibt es unter dem Aspekt eines möglichen Zusammengehens ein kürzeres Zeitfenster?

Überdies beabsichtigt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG), ein Grundstück in Wildau zu kaufen. Dann soll vermutlich auch gebaut werden. Er befürchte, dass sich der Landkreis hinsichtlich Finanzierung, Bürgschaften und ähnlichem wieder binden könnte. Der Haushalt sei schon eng genug gestrickt.

Gibt es zudem schon Informationen, ob das Grundstück belastet ist und Investitionen in die Wiederherstellung getroffen werden müssen? Was würde das kosten?

Herr Starke erklärt, dass der Grundstückskauf bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft abgesichert ist. Es wurde aber noch keine Entscheidung getroffen, ob gebaut wird oder nicht. Es sei das letzte freie Grundstück an diesem Standort und wenn jetzt nicht gekauft werde, kauft es

sofort ein Anderer. Wie es sich mit den Belastungen verhält, könnte bis zum Kreistag recherchiert werden.

Sollte sich der Kreistag gegen eine Bebauung des Grundstücks entscheiden, ist das wirtschaftliche Risiko gering, weil Grundstücke an diesem Standort stark nachgefragt sind. Vermutlich könnte es dann ohne Verlust wieder verkauft werden.

Wenn also jetzt nicht gekauft werde, brauche nicht darüber diskutiert werden, ob dort etwas investiert werden soll oder nicht. Dass der Haushalt im Moment so etwas nicht zulässt, sei auch kein Geheimnis. Es sei mehr ein Vorratsbeschluss.

Herr Klinkmüller führt zur Verlängerung der Tätigkeit von Herrn Schindler aus, dass dies vom angedachten Zusammengehen von KAEV und SBAZV abhängt.

Dem Zusammengehen müssen auch die Landkreise Oberspreewald-Lausitz und Teltow-Fläming sowie die Verbandsversammlungen von SBAZV und Abfallentsorgungsverband „Schwarze Elster“ (AEV), der in Teilen des Landkreises Oberspreewald-Lausitz tätig ist, zustimmen. Der Landkreis Teltow-Fläming und der SBAZV stehen dem Zusammengehen nach wie vor positiv gegenüber.

Der Landkreis Oberspreewald und auch einige Mitglieder des Kreistages Dahme-Spreewald möchten zunächst einmal die Gebietsreform abwarten. Insofern wurde entschieden, die Stelle des Verbandsvorstehers des KAEV nicht neu auszuschreiben. Herr Schindler habe sich bereiterklärt, nicht für weitere acht Jahre, sondern nur bis zur Gebietsreform weiterzumachen und den Prozess bis dahin zu begleiten.

Jetzt müsse die Gebietsreform abgewartet werden. Wenn klar ist, wie sich alles gestalten wird, gehe es Schritt für Schritt weiter. Deshalb könne jetzt auch noch kein Bericht gegeben werden.

Herr Ludwig möchte wissen, ob es Neuigkeiten hinsichtlich der staatsanwaltlichen Ermittlungen im Klinikum gibt, die ja schon seit längerem laufen.

Landrat Loge erwidert, dass er erst kürzlich bei der Staatsanwaltschaft nachgefragt hatte. Ergebnisse liegen immer noch nicht vor.

Herr Dr. Kuttner besteht auf eine offizielle Information zum derzeitigen Sachstand der beabsichtigten Zusammenlegung von KAEV und SBAZV. Der Kreistag hatte seinerzeit einen Beschluss gefasst. Wenn dieser nicht umsetzbar sei, müsse entweder darüber berichtet oder ein neuer Beschluss gefasst werden.

Überdies stelle sich die Frage, was sich bei der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS) hinter dem Modellvorhaben *„Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe“* verbirgt.

Herr Starke erklärt, dass es darum geht, die Region Spreewald über den ÖPNV kreisübergreifend zu verbinden – in der Saison für die Touristen, ganzjährig für die Patienten der Reha-Kliniken und natürlich auch für die Bevölkerung. Gemeinsam mit wissenschaftlicher Unterstützung soll untersucht werden, wie ein sogenanntes Mobilitätskonzept für den Spreewald aufgestellt werden kann, das möglichst auch noch über den Spreewald hinaus ausstrahlt. Das sei ein typisches Projekt, das sich seiner Meinung nach für die Energieregion Lausitz-Spreewald (ELS) anbietet.

Herr Dr. Kuttner kündigt an, dass er zu dieser Vorlage noch eine Anmerkung für den nicht-öffentlichen Teil hat.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7. Informationsvorlagen

TOP 7.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2015/126

Landrat Loge bedauert die geringe Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, vor allem beim Mittagessen oder bei den Klassenfahrten. Vielleicht sollten sich die Ausschüsse mit den Zahlen einmal detailliert befassen.

Herr Saß glaubt nicht, dass der Rückgang mit der Qualität des Essens zu tun hat. Vielmehr könnte es daran liegen, dass für Asylbewerber und Hartz-IV-Empfänger ohnehin Sonderregelungen beim Mittagessen bestehen.

Der Landkreis stützt für die kreiseigenen Schulen den Mittagessenpreis schon seit vielen Jahren. Auch Bestensee stützt seit kurzem den Mittagessenpreis.

Bei den Klassenfahrten gebe es in Brandenburg andere Regelungen als in Berlin, wo es ja kürzlich den Fall der Finanzierung einer Klassenfahrt nach Übersee gab.

Gemeinsam mit dem Jobcenter und den Schulleitern wurde ein gutes Regime eingeführt, damit Bildungsanspruch und Unterstützungsbedarf in einem vernünftigen Verhältnis bleiben.

Herr Thiede fügt hinzu, dass alle Schulleiter und Kita-Leiter über das Bildungs- und Teilhabepaket informiert wurden. Es sei also nicht so, dass keine Kenntnis darüber besteht. Am Anfang gab es - mit Ausnahme der Förderschule - nicht sehr viel Interesse, inzwischen sei es aber besser geworden.

Die Erfahrungen haben auch gezeigt, dass Anträge zwar noch gestellt werden, mit den Nachweisen bei Klassenfahrten etc. werde es dann aber immer sehr schwierig. Das sei vielleicht auch eine Erklärung, warum die Zahlen rückläufig sind.

Landrat Loge merkt an, dass es vielleicht auch mit dem Mindestlohn zusammenhängen könnte.

Herr Wille weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Arbeitgeber in vielen Fällen die Arbeitszeit der Beschäftigten gesenkt haben, um die Einhaltung des Mindestlohnes zu gewährleisten.

Die Vorlage wurde ja bereits im Gesundheits- und Sozialausschuss behandelt. Er wisse im Moment nicht, welche Punkte der Ausschuss diskutiert habe. Vielleicht sollte der Vorsitzende im Kreistag ein paar Worte dazu sagen, um die Diskussion zielgerichteter zu führen - dass im Kreistag nur die Dinge aufgeworfen werden, die im Ausschuss nicht erörtert wurden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7.2 Information zur Prüfungsmitteilung des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg zur überörtlichen Prüfung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe im Landkreis Dahme-Spreewald und zum zusammenfassenden Bericht zur überörtlichen Prüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg, Vorl.Nr. 2015/129

Landrat Loge weist darauf hin, dass hierzu nach Hinweisen aus dem Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit eine Austauschseite der Stellungnahme des Amtes für Kinder, Jugend und Familie übersandt wurde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8. Verschiedenes

Landrat Loge führt aus, dass noch im Sommer von 1.800 in diesem Jahr aufzunehmenden Flüchtlingen und Asylbewerbern ausgegangen wurde. Ende Oktober gab es dann die Information, dass weitere 600 Menschen aufgenommen werden müssen. Das habe dazu gezwungen, sich mit dem bisher nie in Erwägung gezogenen Modell der Notunterkünfte auseinanderzusetzen, zumal die Plätze in den Gemeinschaftsunterkünften fast alle belegt sind. Aus dieser Situation heraus wurde dann in anderthalb Wochen eine Gemeinschaftsunterkunft in Zeesen hergerichtet. Große Unterstützung gab es hier von Seiten des Arbeitersamariterbundes Königs Wusterhausen.

Im gesamten Landkreis beträgt der Anteil ausländischer Mitbürger - nicht alles sind Asylbewerber und Flüchtlinge - gegenwärtig 3,18 %, davon 2,1 % aus Nicht-EU-Ländern.

Herr Starke ergänzt, dass der Anteil der Asylantragsteller unter 1 % liegt. Zu den ausländischen Mitbürgern, die nicht aus der EU kommen, zählen z. B. auch Studenten der TH Wildau oder Wissenschaftler.

Mit Stand Oktober gab es noch etwa 70 ausreisepflichtige Personen, im Moment seien es 47. Haupthinderungsgrund für die Ausreise seien fehlende Papiere, die bei den Botschaften und Vertretungen der verschiedenen Staaten in Deutschland angefordert werden müssen.

Landrat Loge führt weiter aus, dass syrische Kriegsflüchtlinge zunehmend den Status SGB II erlangen und damit sofort die Möglichkeit haben, über Wohnberechtigungsscheine in Wohnungen zu ziehen. Ende des Jahres werden es voraussichtlich 100 SGB-II-Empfänger sein, die sofort in Wohnungen ziehen können. Der Wohnraum müsse aber erst einmal gefunden werden – vor allem im Norden des Landkreises. Das würde die Gemeinschaftsunterkünfte natürlich entlasten.

In einer Gemeinschaftsunterkunft in Neuendorf am See, die am 18.11.2015 in Betrieb gegangen ist, sind momentan 60 Menschen untergebracht.

Weiterhin werde derzeit noch an den Verträgen gearbeitet, kurzfristig eine Notunterkunft in einem ehemaligen Ferienlager in Wernsdorf einzurichten.

In Zeesen beabsichtigt der ASB, die Notunterkunft zu erweitern.

Die Gemeinschaftsunterkunft in Uckley mit 84 Plätzen soll am 07.12.2015 den Betrieb aufnehmen.

In Kolberg werde daran gearbeitet, eine Notunterkunft für 19 Personen zu schaffen.

Eine gegenwärtige Notunterkunft mit etwa 60 Plätzen muss vorübergehend freigezogen werden, weil die Einrichtung schon andere Verträge über Weihnachten/Silvester abgeschlossen hatte. Im Januar könne dann aber wieder zurückgezogen werden.

In Großziehten werde im Augenblick eine Liegenschaft geprüft, die von der Human-Care GmbH, die auch die Gemeinschaftsunterkunft in Waßmannsdorf betreibt, angeboten wurde. Ähnlich sei es in Teupitz, da laufen gegenwärtig Vertragsvorbereitungen.

In Massow werden weitere Beherbergungsmöglichkeiten geprüft.

In Jamlitz wurden vier Wohnungen angeboten, in denen etwa 20 Menschen untergebracht werden können.

Weitere ca. 40 Menschen könnten in einem Ferienhausprojekt in Jessern untergebracht werden.

In Pätz ist eine Erweiterung beabsichtigt, gegenwärtig laufen noch die Konzeptverhandlungen.

Die Vertragsverhandlungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im ehemaligen Haasenburg-Heim in Neuendorf am See gestalten sich sehr schwierig. Ein Ergebnis gebe es noch nicht.

Die Stadt Lübben hatte ein großes Grundstück im Gewerbegebiet des Ortsteiles Neuendorf angeboten. Eine Machbarkeitsanalyse wurde in Auftrag gegeben und es wurde eine Variante gefunden, dort temporäre Bauten zu errichten. Eine anberaumte Bürgerversammlung war dann plötzlich ausgefallen und letztendlich habe die Stadt mitgeteilt, dass sie dem Landkreis dieses Grundstück nicht überlassen wird.

In Königs Wusterhausen wird die Jugendarrestanstalt umgebaut und etwa 80 Menschen werden dort eine Unterkunft finden.

Vielleicht gelingt es auch, in der Finanzhochschule eine übergangsweise Lösung zu finden. Das Land habe seine Unterstützung schon zugesagt.

Gestern kam die Information, dass in der ehemaligen Kita in Zeesen keine Flüchtlinge und Asylbewerber untergebracht werden können, weil der Ortsbeirat sich mit anderen Gedanken für dieses Objekt trägt. Dort hätten ungefähr 60 Personen untergebracht werden können.

Alles in allem betrachte er die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern als Geschäft der laufenden Verwaltung. Aus Kapazitäts- und Zeitgründen könne z. B. nicht zu allem sofort eine Vorlage erarbeitet werden. Für Informationsveranstaltungen bleibe oft auch keine Zeit mehr, wenn ein Bus mit Flüchtlingen vor der Tür steht und dringend eine Entscheidung über eine Notunterkunft getroffen werden muss. Die Verwaltung bemühe sich aber dennoch um größtmögliche Transparenz.

Frau Lehmann erklärt, dass die Gemeindevertretung der Gemeinde Märkische Heide festgelegt hat, Flüchtlinge in der Gemeinde unterzubringen. Ein entsprechender Vorschlag wurde dem Landkreis unterbreitet. Das Antwortschreiben lasse jedoch den Eindruck entstehen, dass der Notstand bei der Unterbringung noch nicht so groß sein kann, wenn seitens des Landkreises so lässig darauf verzichtet werde. Ihrer Meinung nach sollte mehr darauf geachtet werden, die Gutwilligen nicht zu verlieren, selbst wenn ein Angebot im Moment nicht so günstig erscheint.

Dort, wo es Chancen gibt, sollte auch die Transparenz gewahrt und die Diskussion mit den Bürgern vor Ort auf jeden Fall geführt werden, und nicht so einfach gesagt werden, das sei jetzt ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Landrat Loge erwidert, dass natürlich auch auf die Ökonomie geschaut werde. 40 Plätze in der Gemeinde Märkische Heide seien zwar ein dankenswertes Angebot, aber bei dem Aufwand an Investitionen könne es der Landkreis im Moment nur vor sich herschieben. Im Augenblick werden größere Standorte gebraucht.

Herr Wille schließt sich der Auffassung von Frau Lehmann an, die Gutwilligen jetzt nicht zu verlieren. Wenn in der Not nichts anderes mehr zu finden sei, müsse sicherlich auch auf solche Angebote wie von der Gemeinde Märkische Heide zurückgegriffen werden.

Es sollte auch überlegt werden, in welcher Form in der Öffentlichkeit kommuniziert werden kann, dass es sehr hilfsbereite Kommunen gibt, aber auch Verweigerer. Er persönlich sei ein Anhänger davon, Ross und Reiter zu benennen und aufzuzeigen, wieviel Plätze welche Gemeinde zur Verfügung gestellt hat. Was sich da im Moment abspiele, habe mit Solidarität nichts mehr zu tun. Die Last tragen im Augenblick nur einige Wenige. Hier zeichnen sich vor allem die kleinen Orte aus. Das könne auf die Dauer nicht so hingenommen werden, denn die Lasten sollten möglichst fair und gleichmäßig verteilt werden.

Herr Dr. Kuttner kann nachvollziehen, dass bei diesem Thema kurzfristig entschieden werden muss und keine Zeit bleibt, entsprechende Vorlagen zu erarbeiten. Er interpretiere die

Bemerkung des Landrates bezüglich des Geschäfts der laufenden Verwaltung auch nicht so, dass keine Gespräche mehr mit den Bürgern geführt werden. Davor würde er auch warnen.

Er wisse auch nicht, was die Gemeinde Märkische Heide angeboten hat, aber die Kreisverwaltung sollte ein geringfügiges Maß an Mehrarbeit aufwenden, um der jeweiligen Gemeinde gegenüber klar zu begründen, warum das Angebot im Augenblick nicht angenommen werden kann. Die Antwort müsse dann natürlich der Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben werden, damit auch die Abgeordneten Bescheid wissen.

Den Vorschlag von Herrn Wille begrüße er. Es könne nicht sein, dass sich einige Kommunen drücken und der Rest die Lasten trage. Vielleicht kann die Verwaltung bis zum Kreistag eine kurze Auflistung Kommune/Einwohner/Asylbewerber erarbeiten und dabei auch den prozentualen Anteil ausweisen.

Im Übrigen sei es für ihn persönlich besonders befremdlich, dass Eichwalde einen Beschluss gefasst hat, Wohnungen zur Verfügung zu stellen, aber es gebe keine. Vor drei Tagen stand dann jedoch in der Presse, dass jetzt Wohnungen gebaut werden sollen.

Er habe sich auch in Supermärkten und Einzelhandelsgeschäften erkundigt, ob jetzt mehr gestohlen werde. Die Antwort war, dass nicht mehr gestohlen werde als vorher, als noch keine Flüchtlinge da waren. Ihm sei auch nichts bekannt von groben Vorfällen außerhalb der Unterkünfte.

Landrat Loge sagt eine Prüfung zu, ob bis zum Kreistag in der nächsten Woche eine Auflistung erstellt werden kann.

Überdies wurden von den Städten und Gemeinden bisher folgende Wohnungen bereitgestellt:

| | |
|---------------------------|--------------|
| Stadt Königs Wusterhausen | 29 Wohnungen |
| Stadt Luckau | 14 Wohnungen |
| Gemeinde Heideblick | 10 Wohnungen |
| Gemeinde Schönefeld | 13 Wohnungen |
| Stadt Lübben | 6 Wohnungen |
| Stadt Golßen | 22 Wohnungen |

Natürlich gebe es auch Immobilienangebote von Privaten. Viele davon entsprechen jedoch nicht den Mindestanforderungen und es wären umfangreiche bauliche Veränderungen mit den entsprechenden bauordnungsrechtlichen Verfahren erforderlich. Die Besitzer haben aber nicht das Geld dafür.

Herr Kleinwächter schätzt ein, dass sich der Landkreis schon in einer gewissen Zwickmühle befindet, weil mittlerweile große Bevölkerungsteile gegen eine Unterbringung - vor allem in solchen Massen - eingestellt sind. Diese Stimmung nehme zu und mache auch vor dem Landkreis Dahme-Spreewald nicht halt. Aber auch wenn dringend eine Entscheidung über eine Notunterkunft getroffen werden muss, seien Information, Transparenz und die Einbeziehung der Bürger vor Ort ganz wichtig – vor allem bei Unterkünften, die länger bestehen bleiben als nur zwei, drei oder sechs Monate. Da dürfe es keine Abstriche geben, sonst werde sich die negative Haltung noch weiter verschärfen.

Insofern bitte er die Verwaltung, da sehr genau auf den Weg zu achten, weil gerade an die AfD sehr viele besorgte Bürger herantreten, die große Sorgen haben, was da auf ihren Ort und die Bürger zukommt.

In den Gedanken von Herrn Wille spielt ein wenig die Antragsidee hinein, die die AfD-Fraktion seinerzeit mit dem Königsteiner Schlüssel hatte. Es wäre vielleicht gar nicht so schlecht, in der Öffentlichkeit zu kommunizieren, dass einige Gemeinden sehr aktiv sind, andere dagegen gar nicht. So, wie es jetzt laufe, könne es nicht weitergehen.

Beim Zustrom der Flüchtlinge werde es sich vermutlich um ein größer werdendes Problem handeln, zu dem auch planvolle Lösungen gehören. Insofern würde er sich persönlich sehr wünschen, dass von der Verwaltung - die AfD-Fraktion hatte es ja schon mehrfach angesprochen - auch längerfristig geplante Projekte hinzukommen. Mit Notunterkünften alleine werde nicht weitergewirtschaftet werden können.

Landrat Loge erwidert, dass nur wenig planvolle Strukturen aufgebaut werden können, wenn die Zuweisungen immer kurzfristiger erfolgen. Da ergebe sich alles aus dem Tagesgeschäft. Bei geplanten Objekten wie z. B. in Uckley werden natürlich Transparenz und Einbeziehung der Bürger gesichert.

Herr Treder-Schmidt hält ebenfalls eine Rückmeldung für wichtig, wenn Objekte vorge schlagen werden. Er habe gehört, dass Kirchen wohl nichts angeboten haben. Auf entsprechende Nachfrage habe er erfahren, dass ein Heim, allerdings mit älterem Standard, und auch das leerstehende Pfarrhaus in Kasel-Golzig angeboten wurden. Eine Rückmeldung gab es nicht. Das erwecke den Eindruck, dass der Landkreis die Hilfe gar nicht will.

Weiterhin sei ihm aufgefallen, dass ein Wohnblock in Bornsdorf leer zu sein scheint. Er befinde sich zwar nicht in einem tollen Zustand, es sei aber allemal besser als neu zu bauen. Es müsse jetzt kein detailliertes Gutachten angefertigt werden und er wisse auch nicht, wie die Meinung der Bornsdorfer dazu ist, aber warum sollte der Block nicht als Unterkunft genutzt werden.

Überdies schließe er sich dem Gedanken von Herrn Wille an, in der Öffentlichkeit zu kommunizieren, dass es hilfsbereite Kommunen, aber auch Verweigerer gibt. Er würde gerne in der Zeitung lesen, wer sich aktiv einbringt und wer nicht.

Landrat Loge erwidert, dass die Gemeinde Heideblick von Anfang an sehr kooperativ war und erst einmal nicht weiter belastet werden soll. Die Prognosen gehen aber von weiter steigenden Flüchtlingszahlen aus und da werde möglicherweise irgendwann auch wieder auf Heideblick zurückgegriffen.

Einem Bürgermeister passiere auch nichts, wenn der Landkreis eine Satzung über prozentuale Zuweisungszahlen erlässt und er sich trotzdem nicht daran hält. Nach dem Landesaufnahmegesetz könnte zwar ein Disziplinarverfahren angestrebt werden, aber da gehe auch viel Zeit ins Land.

Herr Kleinwächter merkt an, dass hier im Rechtsbereich der Aufgaben nach Weisung argumentiert werde. Für ihn stelle sich die Frage, was dem Landkreis passieren würde, wenn diese Weisung nicht oder nicht im vollen Umfang erfüllt wird.

Landrat Loge antwortet, dass ein Bus mit Flüchtlingen nicht aufgehalten werden kann und irgendwann vor der Tür steht. Dreht sich der Landkreis weg, wären die Kommunen zuständig. Das wolle er nicht und die Mehrheit des Kreistages bestimmt auch nicht.

Schulkostenbeiträge

Herr Ludwig erinnert, dass bereits mehrfach über Schulkosten diskutiert wurde, die bisher nicht erhoben wurden und die vom Kommunalen Schadenausgleich auch nicht als auszugleichen betrachtet wurden. Es sei zu fragen, wie der derzeitige Sachstand ist. Bei den Summen, um die es geht, könnte sich möglicherweise einmal ein Staatsanwalt dafür interessieren.

Herr Saß antwortet, dass eine weitere Abarbeitung erfolgt. Teilweise seien Zahlungseingänge von den entsprechenden Landkreisen bzw. kreisfreien Städten zu verzeichnen. Es gebe aber auch Klageverfahren, in denen es neben der Frage der Verjährung z. B. auch um Anschlussbeiträge geht, die jetzt aufgrund der gesetzlichen Regelungen mit in Schulkostenbeitrags-

rechnungen hineingehören, nach Auffassung anderer Landkreise aber nicht. Das hänge auch mit Fragen der Doppik bzw. der früheren kameralistischen Haushaltsführung zusammen.

Landrat Loge sagt zu, Herrn Ludwig noch eine schriftliche Antwort nachzureichen.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung des Kreisausschusses um 19:20 Uhr mit Tagesordnungspunkt 9 fortgesetzt.

